

Starke NGO-Friedens- und Umweltkonferenz „Give Peace a Chance!“ in Wien

Zusammenfassung wichtiger Aussagen der Konferenz
Redaktion: Gerhard Kofler

Über 160 Teilnehmer:innen verfolgten am 19. Juni 2022 live und online die von AbFaNG, dem IPB (International Peace Bureau) und WILPF (Women's Internat. League for Peace & Freedom) organisierte Konferenz „GIVE PEACE A CHANCE! – GEMEINSAM FÜR FRIEDEN, UMWELT- & KLIMASCHUTZ! – ATOMWAFFEN ABSCHAFFEN!“ im ÖGB Catamaran in Wien. Namhafte internationale Vortragende und ein breit besetztes Podium aus österreichischen und internationalen Wissenschaftler:innen und Aktivist:innen informierten über die Zusammenhänge von Friedens-, Umwelt- und Klimakrise, die Gefahren der Atomwaffen und ihren Einsatz für den Frieden.

In einer Begleitausstellung gaben 16 zivilgesellschaftliche Organisationen – die meisten von ihnen AbFaNG-Bündnispartner:innen – Einblick in ihr Wirken für Frieden und Menschenrechte sowie für den Schutz von Umwelt und Klima.

Auf der Website von AbFaNG, dem Aktionsbündnis für Frieden, aktive Neutralität und Gewaltfreiheit, befindet sich ein detaillierter Nachbericht über die Konferenz mit allen Videos der Reden und Statements. <http://abfang.org/termine/friedenskonferenz-19-6-2022/>



Bei der NGO-Konferenz betonte **Philip Jennings, Co-Präsident des International Peace Bureaus (IPB) und Generalsekretär a.D. der UNI Global Union**, in seiner Rede: „Im Grundsatzpapier der internationalen Gewerkschaft findet man bereits in den ersten Sätzen ein klares Bekenntnis zum Frieden und gegen Krieg, Massenvernichtungswaffen und Militarisierung sowie gegen die Kriegshetzer. Frieden ist also ein Grundanliegen der Gewerkschaften und steht nicht am Rande



unserer Ziele. Wir Gewerkschafter:innen sind Praktiker für den Frieden im weitesten Sinne. Angesichts des Krieges in der Ukraine müssen wir uns wieder auf diese Grundwerte besinnen, neue Energie und neues Denken einbringen. Wir sind aufgerufen, den Frieden neu zu denken.“ Und Jennings forderte zum raschen Handeln auf: „Im Jahr 2022 steht die Menschheit vor der existenziellen Bedrohung durch Atomkrieg, Klimawandel und Pandemien. Hinzu kommt eine giftige Mischung aus Ungleichheit, Extremismus, Nationalismus, geschlechtsspezifischer

Gewalt und schrumpfenden demokratischen Raum. Wie die Menschheit auf diese Bedrohungen reagiert, wird über ihr Überleben entscheiden. Es ist an der Zeit, dass die globalen Gewerkschaften, die Friedensbewegung und die Klimaaktivist:innen eine neue starke Koalition für den Wandel bilden, denn es gibt vieles, was uns eint.“

Die **Umweltmeteorologin und Klimaaktivistin Prof. Helga Kromp-Kolb** unterstrich diese Notwendigkeit für eine Koalition des Wandels. Sie sagte u.a.: „Ohne Frieden werden wir keine Nachhaltigkeit erreichen, aber ohne Nachhaltigkeit auch keinen Frieden. Es ist völlig illusorisch, dass wir Frieden erreichen können, wenn wir nicht gleichzeitig ökologische und soziale Nachhaltigkeit erreichen.“ Und führte dann näher aus: „Bei der vielzitierten Nachhaltigkeit geht es im Grunde einerseits um das ökologische Thema: Ökologie ist unserer Lebensgrundlage. Und es geht um das soziale Thema: Das Soziale macht das Leben lebenswert. Und es geht um die Wirtschaft, die ein Werkzeug ist, das wir entwickelt haben, um miteinander umzugehen, um das Leben zu erleichtern. Aber die Lebensgrundlage ist die Ökologie und was das Leben lebenswert macht, das ist das Soziale. D.h. die beiden Komponenten Ökologie und Soziales sind die wesentlichen. Das derzeitige Wirtschaftssystem ist nicht grundlegend für das Zusammenleben der Menschen. Friede hingegen schon. Friede und Nachhaltigkeit bedingen einander.“



Am Podium: Katherina Anastasiou, Heinz Gärtner, Helga Kromp-Kolb und Heidi Meinzolt

Gegen die negativen Auswirkungen des kapitalistischen, also des auf Konkurrenzdenken und Gewinnmaximierung aufbauenden Wirtschaftssystems, bezog Gewerkschafter Jennings klar Position: „Wir Gewerkschafter:innen lehnen wirtschaftliche und politische Gewalt gegen Menschen ab. Wir lehnen die Faschisten, die Fremdenfeinde, die Rassisten und ihre rechtsextremen politischen Apparate ab. Wir lehnen Gewalt gegen Frauen* ab. Wir lehnen die Klimagewalt gegen unseren Planeten ab und wir betonen, dass es keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten gibt. Die „doomsday clock“ (Weltuntergangsuhr) steht bereits 100 Sekunden vor Zwölf – so knapp vor 12, wie nie zuvor in der Geschichte. Wir müssen jetzt handeln!“ Der Gewerkschafter forderte eine Welt ohne Atomwaffen und betonte die Dringlichkeit von Abrüstung und Rüstungskontrolle. Trotz aller Bedrohungen zeigte Jennings sich optimistisch: „Wir Gewerkschafter:innen trotzen, wir sind nicht besiegt. Wir fahren fort, uns zu organisieren. Wir sagen: Ohne Gerechtigkeit kein Frieden. – Und ohne Frieden keine Gerechtigkeit.“

Heidi Meinzolt, langjährige Aktivistin bei WILPF, betonte, dass „überall auf der Welt Militarismus und militärische Aktivitäten – unterstützt durch das globale Finanzsystem und Kriegsprofiteure – Gewalt im Namen der Sicherheit schüren, was u.a. zu einer Vertiefung der Ungleichheit und zu noch mehr Umweltzerstörung und Klimaerwärmung führt. Kein Leben – Menschen, Tiere und Pflanzen – auf unserem Planeten bleibt unberührt von Militarismus, der seinen Einfluss auf die Entscheidungsträger, in unseren Gesellschaften, in unseren Gemeinden, in unseren Schulen und in unseren Wohnungen und Häusern ausübt. Unser multilaterales System ist unfähig, die Grundsätze der UN-Charta und des Völkerrechts zu wahren und hat für immerwährende Konflikte gesorgt. Von der anhaltenden Unterdrückung in Palästina bis hin zur internationalen Eskalation des Militarismus nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine, bis hin zum Scheitern der internationalen ‚Stabilisierung‘ in Afghanistan – die Liste ist lang. Recht und menschliche Grundsätze wurden den geopolitischen Interessen unterworfen, auf Kosten der Menschen und des Planeten selbst.“ Im Namen von WILPF International wies Meinzolt weiter darauf hin, dass es eindeutig an einer globalen Führungsrolle für den Frieden mangelt. Sie kritisierte, u.a. dass „Instrumente wie die Resolutionen des UN-Sicherheitsrats zu Frauen, Frieden und Sicherheit in patriarchalische Strukturen eingebunden wurden, anstatt sie als Vehikel für Veränderungen zu nutzen.“ Und dass weltweit „die Definitionen von ‚Sicherheit‘ rigide militarisiert bleiben, die weltweiten Militärausgaben auf einen nie da gewesenen Rekord hochgeschwemmt sind und selbst Atomwaffen jetzt als ‚brauchbar‘ und nicht mehr als undenkbar dargestellt werden“.

Der Politologe **Prof. Heinz Gärtner** beleuchtete in seinem Statement die Rolle Österreichs in einer zunehmend polarisierten Welt, "in einer Welt der Großmacht Konkurrenz zwischen USA, China und Russland, wobei Russland der erste Staat ist, der versucht mit einem Krieg in dieser Großmacht Konkurrenz zu überleben. Ich sage der erste Krieg, weil mehrere könnten noch folgen könnten. Polarisierung ist immer mit Bündnisbildung verbunden." Und Gärtner stellte die Frage, welche Möglichkeiten kleinere Staaten in einer polarisierten Welt haben, und führte aus: "Sie können sich einem Bündnis anschließen, weil es das Versprechen gibt, dass sie Schutz bekommen. Der 'Nuclear Umbrella' ist eine Form des Schutzversprechens. Der Artikel 5 des NATO-Vertrages, der eine Beistandsverpflichtung enthält, ist die andere Form des Schutzes. Man bekommt ein Schutzversprechen – ob es eingehalten wird, weiß man nicht, aber man ist natürlich auch 'gefangen' in fremden Kriegen teilzunehmen. Wenn es zu einem Artikel-5-Beistand kommt, ist man verpflichtet im Rahmen der 'Solidarität' dem angegriffenen oder bedrohten Staat beizustehen. Die zweite Möglichkeit für kleine Staaten ist – wohlgemerkt es gibt nur zwei Möglichkeiten –, sie bleiben oder werden neutral, d.h. sie bleiben außerhalb der Großmacht Konkurrenz, wie wir es bereits während der Zeit des Kalten Krieges gesehen haben.“

Und Gärtner führte weiter aus: „Jetzt hören wir sehr oft, dass Neutralität nicht mit Solidarität vereinbar ist, weil Solidarität ausschließlich als militärische Solidarität interpretiert wird, d.h. man scheint gezwungen, sich einem Bündnis anzuschließen, einem Nuklearbündnis, um solidarisch zu sein. D.h. konsequenterweise auch, dass wir die Neutralität aufgeben und einem Nuklearbündnis beitreten müssten. Ich behaupte aber, dass das Gegenteil der Fall ist. Österreich muss nach den historischen Erfahrungen der beiden Weltkriege sehr aufpassen. Die militärische Solidarität kann auch die falsche Solidarität sein. Das Gegenteil ist der Fall und deshalb sitzen wir heute auch in Wien, weil die Neutralität eine notwendige Bedingung für die österreichische Initiative für das Zustandekommen des Atomwaffenverbotsvertrags ist, d.h. zuerst 2010 für die humanitäre Initiative und dann 2017 für den Verbotsvertrag und jetzt die TPNW-Staatenkonferenz in Wien (*Anm: TPNW = Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons*). Kein Nuklearwaffenstaat, kein Staat in einem Nuklearbündnis hätte diese Initiative ergreifen können, dazu war ein neutraler Staat notwendig. Deswegen war und ist die Neutralität eine Voraussetzung, um Solidarität unter den Nicht-Nuklearwaffenstaaten zu bilden. Das ist, was Österreich gelungen ist, aber nur, weil es neutral war.

Somit ist Österreich heute der wichtigste Staat in der Europäischen Union, der neutral ist und der eine Brücke bauen kann zu den nicht-paktgebundenen Staaten des Globalen Südens. Die meisten Unterzeichner des TPNW kommen aus dem Globalen Süden. In Europa gibt es sehr wenige teilnehmende Staaten, weil wir die NATO haben. Österreich sollte daher keinesfalls auf seine Neutralität, auf diese wertvolle Möglichkeit Brücken zu bauen, verzichten." Man sollte auch in Erinnerung rufen, dass Österreich bereits 1955 ein nuklearwaffenfreier Staat war, da in unserem Staatsvertrag bereits das Verbot des Besitzes oder der Anschaffung von Atomwaffen verankert ist.



Der österreichische **Mediziner und Friedensaktivist Dr. Klaus Renoldner**, IPPNW / OMEGA, informierte auf der NGO-Konferenz über die medizinischen und humanitären Gefahren und langfristigen Folgen von Atomwaffeneinsätzen. Er betonte, dass „die katastrophalen Auswirkungen von Nuklearangriffen sich weder zeitlich noch räumlich eingrenzen lassen und die humanitären Konsequenzen ‚wahllos‘ alle betreffen.“ Die nukleare Abrüstung ist daher die höchste Abrüstungspriorität der Vereinten Nationen.

Vanessa Griffen, pazifische ICAN-Aktivistin und WILPF-Mitglied, zeigte die bis heute andauernden schweren gesundheitlichen und sozialen Konsequenzen von Atomwaffentests auf die Bevölkerung im pazifischen Raum und sieht durch den TPNW endlich Möglichkeiten, dass den Opfern heute Wiedergutmachung erfährt. Die Konferenz und die Verhandlungen zum Atomwaffenverbotsvertrag unterstrichen wie wichtig es ist, die Erkenntnisse von Wissenschaftler:innen und Überlebenden in den diplomatischen Diskurs über Atomwaffen einfließen zu lassen.



Rebecca Johnson, Friedensaktivistin und Mitbegründerin von ICAN, der internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen, sprach über die Chancen und weitere Entwicklung des Atomwaffenverbotsvertrags.

Erste Staatenkonferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag – Höhepunkt der Nuclear Ban Week in Wien

Die erste von den Vereinten Nationen einberufene Staatenkonferenz „First Meeting of States Parties“ (1MSP) zum TPNW (Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons / Atomwaffenverbotsvertrag AVV) fand im Juni im Vienna International Center unter Vorsitz des österreichischen Diplomaten Alexander Kmentt statt. Die 1MSP war Teil der „NuclearBan Week“, die sich aus dem zweitägigen ICAN Nuclear Ban Forum (18.-19.6.), der NGO-Konferenz „Give Peace a Chance!“ (19.6.), der Vienna Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapon des BMEIA (20.6.9 und schließlich der UN-Konferenz 1MSP (21. – 23.6.2022) zusammenfügte. An der 1MSP nahmen 65 TPNW-Vertragsstaaten teil und weitere Staaten als Beobachter, unter ihnen erstmals NATO-Staaten wie Deutschland oder die Niederlande. Die Vertragsstaaten verdeutlichen mit ihrem Engagement eindrucksvoll, dass sie die Renaissance des nuklearen Wettrüstens strikt ablehnen.



ICAN, International Campaign Against Nuclear Weapons, bekam 2017 den Friedensnobelpreis für die Bemühungen, den gemeinsam mit profilierten Diplomaten – unter ihnen Alexander Kmentt – erarbeiteten Entwurf für einen Vertrag für das Verbot von Atomwaffen. ICAN fasst die Notwendigkeit der Schaffung eines Atomwaffenverbotsvertrags wie folgt zusammen: „Atomwaffen sind die unmenschlichsten und zerstörerischsten Waffen, die je geschaffen wurden. Sie haben katastrophale humanitäre und ökologische Folgen, die sich über Jahrzehnte und Generationen erstrecken; sie schüren Angst

und Misstrauen unter den Nationen, da einige Regierungen damit drohen können, ganze Städte im Handumdrehen auszulöschen; die hohen Kosten für ihre Herstellung, Wartung und Modernisierung ziehen öffentliche Mittel von der Gesundheitsversorgung, Bildung, Katastrophenhilfe und anderen lebenswichtigen Dienstleistungen ab. Die völkerrechtliche Ächtung dieser unmoralischen, unmenschlichen Waffen war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zu ihrer Abschaffung.

Mit der Verabschiedung des UN-Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) am 7. Juli 2017 hat die Mehrheit der Welt einen entscheidenden Schritt getan, um diese atomwaffenfreie Zukunft Wirklichkeit werden zu lassen. Am 22. Jänner 2021 trat der TPNW endgültig in Kraft. 2017 stimmten in der UN-Versammlung 122 Staaten dem Vertrag zu, bis heute (10. Juni 2022) haben 86 Staaten den TPNW unterschrieben und davon 66 Staaten ratifiziert. Unter diesen befindet sich keiner der 9 Atomwaffenstaaten und kein NATO-Staat.

Beim First Meeting of States Parties betonte Alexander Kmentt in seinem Schlussstatement, dass erfreulicherweise diese UN-Konferenz der Partnerstaaten die gesteckten Ziele ‚übererfüllte‘ und damit ein weiterer Schritt in eine atomwaffenfreie Welt gesetzt wurde. Bereits die Vorkonferenzen in der Nuclear Ban Week lieferten viele Details über die Risiken von Atomwaffen – von Umweltschäden durch Atomtests bis zu den Auswirkungen durch Hyperschallraketen und den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Militärbereich.

Die Beobachterstaaten im NATO-Bündnis betonten, dass sie dem Vertrag nicht beitreten zu können, solange die NATO eine Strategie der nuklearen Abschreckung verfolge. Doch drückte die deutsche

Delegation Verständnis aus für humanitäre Perspektive des TPNW und signalisierte Interesse zu den Themen Opferbeihilfe und Umweltsanierung, also Wiedergutmachung nach Atomwaffeneinsätzen und -tests. Johannes Oehler, Vorstandsmitglied von ICAN Deutschland, unterstrich die Bedeutung des Verbotsvertrags: "Das Treffen der Staaten ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung des nuklearen Tabus gegen den Einsatz von Atomwaffen. Es stellt die nukleare Abschreckungspolitik der Atomwaffenstaaten und die steigenden Investitionen in die Modernisierung von Arsenalen mit den Mitteln des Völkerrechts in Frage."

Im Zentrum der Konferenz stand die Stärkung der humanitären Sicherheit. Stimmen aus der Zivilgesellschaft, insbesondere der Betroffenen von Atomwaffentests- und Einsätzen kamen zu Wort. ICAN stellt auf der neuen Website www.nuclearstestimpacts.org die Geschichte und Fakten zu den über 2.000 durchgeführten Atomwaffentests bereit.

Beim Abschluss der 1MSP im Vienna International Center wurde eine „**Wiener Erklärung**“ vorgestellt, in der es u.a. heißt:

- Die TPNW Vertragsstaaten brachten ihre Besorgnis und Bestürzung über die Androhung des Einsatzes von Atomwaffen zum Ausdruck und verurteilten unmissverständlich "alle nuklearen Drohungen, seien sie explizit oder implizit und ungeachtet der Umstände".
- Die Vertragsstaaten bekräftigten, dass der TPNW unter diesen Umständen mehr denn je benötigt wird, und beschlossen, "seine Umsetzung voranzutreiben, um Atomwaffen weiter zu stigmatisieren und zu delegitimieren und kontinuierlich auf globaler Ebene starke zwingende Vorschriften bzw. Gesetze gegen diese Waffen zu schaffen."
- Die Erklärung bekräftigte die humanitäre Grundlage des Vertrags und die moralischen, ethischen und sicherheitspolitischen Gebote, die seine Schaffung inspiriert und motiviert haben und die nun seine Umsetzung vorantreiben und leiten.
- Die Vertragsstaaten beschlossen, die Umsetzung aller Aspekte des Vertrags voranzutreiben, einschließlich der positiven Verpflichtungen, die darauf abzielen, den durch den Einsatz und die Tests von Atomwaffen verursachten Schaden zu beheben.
- Sie bekräftigten ferner die Komplementarität des Vertrags mit dem internationalen Abrüstungs- und Nichtverbreitungsregelwerk, einschließlich des Vertrags über die Nichtverbreitung von Atomwaffen (NVV / „Atomwaffensperrvertrag“), und verpflichteten sich, den NVV und alle Maßnahmen, die wirksam zur nuklearen Abrüstung beitragen können, weiterhin zu unterstützen.
- Die Erklärung schloss mit den Worten: "Angesichts der katastrophalen Risiken, die von Atomwaffen ausgehen, und im Interesse des Überlebens der Menschheit ... werden wir nicht ruhen, bis der letzte Staat dem Vertrag beigetreten ist, der letzte Sprengkopf abgebaut und zerstört wurde und die Atomwaffen vollständig von der Erde verschwunden sind."

Weitere auf der 1MSP beschlossene Verbesserungen und Konkretisierungen im TPNW:

Jene Vertragsstaaten, die sich als von der Nutzung und den Tests von Atomwaffen betroffen betrachten, erklärten sich u.a. bereit bis zur nächsten Konferenz (Ende 2022):

- mit der Überprüfung der Auswirkungen des Atomwaffeneinsatzes in ihrem Land zu beginnen
- einen nationalen Plan zu entwickeln, um denjenigen zu helfen, die von Kernwaffeneinsätzen und -tests betroffen sind, und um die Umwelt zu sanieren

Weiters haben sich die Vertragsstaaten zur Einbeziehung der Zivilgesellschaft und besonders betroffener Gemeinschaften verpflichtet sowie zur Sicherstellung, dass diese Arbeit inklusiv und

transparent ist, einschließlich der engen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz, der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN), der Wissenschaft, den betroffenen Gemeinschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft. Außerdem bekennen sich die Vertragspartner zur Umsetzung der Gender-Bestimmungen des TPNW sowie zur Entwicklung von Richtlinien, um alters- und geschlechtsspezifische Hilfe für diejenigen zu gewährleisten, die durch den Einsatz und die Erprobung von Atomwaffen geschädigt wurden.

Im Vertragstext zur Abschaffung von Kernwaffen (Artikel 4) kamen die Staaten überein, eine Frist von 10 Jahren für die Eliminierung von Atomwaffen zu setzen, wenn nuklear bewaffnete Staaten dem TPNW beitreten, und 90 Tage für die Entfernung der Waffen aus den Staaten mit Atomwaffenbasen, wenn diese dem Vertrag beitreten.

Es wurde beschlossen, eine wissenschaftliche Beratergruppe einzusetzen, die die Vertragsstaaten beraten und regelmäßig über den Stand und die Entwicklungen in Bezug auf Atomwaffen, Atomwaffenrisiken, die humanitären Folgen von Atomwaffen, nukleare Abrüstung und damit zusammenhängende Fragen berichten soll. Auch war man sich einig, dass die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien für Abrüstung und Nichtverbreitung, wie der IAEO und der CTBTO, verbessert werden muss.

Die Vertragsstaaten haben Beschlüsse zur weiteren Ausgestaltung des Vertrags getroffen, dazu zählen u.a. der Beschluss einer politischen Erklärung¹⁾ die Bestürzung und Beunruhigung über Drohungen mit Atomwaffen und intensiviertere nukleare Rhetorik ausdrückt sowie alle expliziten und impliziten Drohungen mit Atomwaffen, unabhängig von den Umständen, verurteilt.

1) *Politische Erklärung der 1MSP (Englisch):* https://documents.unoda.org/wp-content/uploads/2022/06/TPNW.MSP_2022.CRP_8-Draft-Declaration.pdf

Politische Erklärung der 1MSP (Deutsch): <http://abfang.org/wp-60db5-content/uploads/2022/07/Wiener-Erklaerung-des-1-Treffens-der-Vertragsstaaten.pdf>

ICAN Websites:

International: <https://www.icanw.org/>

Deutschland: <https://www.icanw.de>

Österreich: <https://www.icanaustria.at/>

Nuclear Ban Week: <https://vienna.icanw.org/>

ICAN Website über Atomwaffentests: www.nucleartestimpacts.org

AbFaNG Website zur NGO-Konferenz:

<http://abfang.org/termine/friedenskonferenz-19-6-2022/>